

# Bundesrat reduziert Hilfe für Genossenschaften

## Gemeinnützigen Investoren gewährt der Bund Darlehen - neu auch für den Landkauf.

**Stefan Häne**

Die Neuerung ist seit dem 1. Januar in Kraft. Wohnbaugenossenschaften und andere gemeinnützige Bauträger, die ein Bauprojekt planen oder ein Baugrundstück erwerben wollen, können beim Bund zinslos oder zinsgünstig ein Darlehen aus dem sogenannten Fonds de roulement beantragen. Nach Ablauf einer vereinbarten Zeitspanne müssen sie es wieder zurückzahlen. Bisher ist aus diesem Fondertopf nur Geld geflossen, wenn ein Investor eine Liegenschaft erstellen, erneuern oder erwerben wollte.

Der Fonds ist derzeit mit 450 Millionen Franken gefüllt. «Die Nachfrage ist gross», sagt Rebecca Omoregie, Vize-Direktorin des Verbands Wohnbauge-

nossenschaften Schweiz, welcher den Fonds verwaltet. In diesem Jahr hat der Verband bis dato 31 Darlehen mit einer Gesamtsumme von 54 Millionen Franken gewährt. Damit sollen 1460 Wohnungen entstehen.

Dank des Fonds konnten in den letzten 20 Jahren laut Omoregie rund 16 000 gemeinnützige Wohnungen gefördert werden, also 800 pro Jahr. Dies reiche jedoch nicht, um den Anteil gemeinnütziger Wohnungen von heute rund 7 Prozent am Gesamtwohnungsmarkt zu halten geschweige denn zu erhöhen, sagt Omoregie. Aus dem Rückfluss in den Fonds könne nur ein kleiner Teil der neu zu erwartenden Darlehensgesuche abgedeckt werden. «Es braucht deshalb unbedingt einen neuen Rahmenkredit ab 2017», fordert Omoregie. Doch dagegen formiert sich Widerstand von bürgerlicher Seite. Der Hauseigentümergebiet Schweiz mit SVP-Nationalrat Hans Egloff an der Spitze befürchtet Markt-

verzerrungen und will deshalb genau abklären, wofür das Geld eingesetzt wird und welchen Nutzen es gebracht hat.

## Zehn Millionen weniger

Ungemach droht den Genossenschaften aber nicht nur aus dem Parlament. So hat der Bundesrat beschlossen, den Fonds 2015 nur um 20 Millionen statt wie heuer um 30 Millionen Franken aufzustocken. Das Bundesamt für Wohnungswesen bestätigt entsprechende «Bund»-Informationen. Es handle sich um einen Beitrag an die Sparbemühungen des Bundes. Für Omoregie steht der Plan des Bundesrats im Widerspruch zu seinem selbst erklärten Ziel, den gemeinnützigen Wohnungsbau zu stärken. Die Reduktion hat zur Folge, dass 2015 in der Tendenz weniger Darlehen gewährt werden, wie BWO-Experte Cipriano Alvarez sagt. Und dies, obgleich die Wohnungssituation in den Ballungsräumen «nach wie vor angespannt» sei.